

Zeitschrift:	Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber:	Widerspruch
Band:	27 (2007)
Heft:	52
 Artikel:	Frauen in der Pflegearbeit : professionell und privat immer verfügbar?
Autor:	Notz, Gisela
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-651721

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 21.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Frauen in der Pflegearbeit

Professionell und privat immer verfügbar?

Bis zum Jahr 2025 werden nach einer neuen Studie des Landesamtes für Statistik rund 700.000 und bis zum Jahre 2050 fast eine Million pflegebedürftige Menschen allein in Nordrhein-Westfalen leben. Bis dahin steigt die Nachfrage nach qualifiziertem Pflegepersonal in diesem Bereich um rund 140 Prozent an (ver.di 2007). In anderen Bundesländern stellt sich die Entwicklung ähnlich dar. Über zwei Millionen Menschen sind in der gesamten Bundesrepublik pflegebedürftig (Becker/Janousek 2007, 3). Das Deutsche Institut der Wirtschaft (DIW) rechnet für das Jahr 2020 mit 2,9 Millionen (Schulz et.al. 2001) Pflegebedürftigen. Zusätzlich wird von etwa drei Millionen hilfebedürftigen Menschen ausgegangen.

Die demographische Entwicklung der nächsten Jahrzehnte stellt Gesellschaft und Politik vor große Herausforderungen: Wie kann die massiv wachsende Zahl der hochaltrigen Menschen ihren Bedürfnissen entsprechend versorgt werden? Bei vielen Bestrebungen, die „Probleme“ zu lösen, bleiben die Chancen, die eine alternde Gesellschaft birgt, ungenutzt. Die Belange und Wünsche der Betroffenen sowie die Interessen der Familienangehörigen stehen, wenn es um die Pflege geht, nicht im Vordergrund, so wie es wünschenswert wäre. Denn auch Pflegebedürftige sind keine homogene Gruppe. Es geht, wie in vielen Bereichen, die menschliche Arbeit betreffen, eher darum, Kosten zu sparen. Das Interesse am Zukunftsmodell „häusliche Pflege“ speist sich vor allem daraus, dass es – verglichen mit der professionellen Pflege – das kostengünstigste ist.

Die CDU-Familienministerin Ursula von der Leyen sagt von sich, dass sie sich für den Begriff eines „konservativen Feminismus“ (FAZ, 19.3.2007) erwärmen kann, weil sie „Werte erhalten“ will, wie zum Beispiel die Verantwortungsübernahme für andere und die Verlässlichkeit füreinander. In einer immer kälter werdenden Welt ist das ohne Zweifel wichtig. Für die Ministerin heißt das, „dass die Kindererziehung, die Verantwortung für das Einkommen, aber auch die Pflege der alten Eltern eine gemeinsame Aufgabe ist.“ Damit meinte sie, die Finanzierung sei Aufgabe der gesamten Gesellschaft. Nicht rütteln wollte sie allerdings am Ehegattensplitting, das den Tatbestand „Ehe“ mit 19 Milliarden € jährlich begünstigt, und zu 85 Prozent Alleinverdiener-Ehen, unabhängig davon, ob Kinder oder Pflegefälle in der Familie sind oder nicht, zugute kommt (vgl. Notz 2004a, 43 f.).

Die zunehmende Beteiligung von Frauen an der Erwerbsarbeit wird immer noch als deren „gestiegene Erwerbsneigung“ bezeichnet. Für Männer wird dieser Begriff nicht gebraucht. Schon deshalb ist er geschlechterdiskriminierend. Es ist diese „Neigung“, die dazu führt, dass nicht mehr einfach davon ausgegangen werden kann, dass – wie in der Vergangenheit

– Haus- und Sorgearbeiten, unbezahlte soziale und kulturelle Arbeiten und die Pflegearbeiten für Alte, Hilfsbedürftige, Behinderte und Kranke unentgeltlich durch Hausfrauen oder „Zuverdienerinnen“ (als Ehefrauen, Mütter, Töchter, Schwiegertöchter, Nichten) geleistet werden. Das führt nicht selten zu Konflikten. Selbst wenn wir davon ausgehen, dass viele Frauen gerne ihre Angehörigen pflegen, so möchten die meisten dafür nicht ihren Beruf aufgeben. Immerhin haben wir es mit der am besten ausgebildeten Frauengeneration aller Zeiten zu tun. Es wäre eine auf die Dauer teure Irrationalität, einer ganzen Frauengeneration gleichwertige Bildungschancen einzuräumen und viele von ihnen dann hochqualifiziert weit überwiegend in pflegerischen Bereichen – für die sie meist gar nicht qualifiziert sind – unbezahlt beschäftigen zu wollen. Auch neue Studien (z. B. Becker/Janousek 2007, 3) machen „die höhere Frauenerwerbsbeteiligung“ neben der längeren Lebensarbeitszeit dafür verantwortlich, dass es „die Wirtschaft in Deutschland“ nunmehr verstärkt mit MitarbeiterInnen zu tun habe, die sich *neben dem Beruf* um die Pflege der Eltern kümmern.

Die Ikonisierung der Frau als vielarmige Göttin

Trotz aller familienpolitischen Vorstöße die Vereinbarkeit von Familie und Beruf (für Frauen und Männer) zu verbessern, sind es meist Frauen, die, weil sie mit einer antizipierten Mutterschaft und Familienverantwortung konfrontiert werden, Einschränkungen in ihren beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten auszuhalten haben. Wenig problematisiert wird, dass es nicht nur die Erziehung der Kinder ist, die (für Frauen) immer noch Karriere kostet, sondern zunehmend auch die Pflege von Angehörigen. Die Vereinbarkeit von Kind und Beruf ist so nicht länger ein phasenweiser Prozess, sondern wird nicht selten zum lebenslangen, indem Frauen von der Erziehung in die Pflegesituation rutschen. Partnerschaftliche Vorstellungen von Gleichheit werden oft überlagert von gesellschaftlichen Vorstellungen von Männlichkeit und Weiblichkeit, wodurch die Verwirklichung von Gleichberechtigung erheblich erschwert wird.

Die Glorifizierung der Frau, die (anscheinend) ein Leben mit verschiedenen Rollen mühelos meistern kann, und deren Ikonisierung als vielarmige Göttin sollen den Beweis für die angebliche Überlegenheit des sorgenden „weiblichen“ Wesens erbringen. So wird die geschlechtsspezifische Segregation konserviert, indem der (jetzt) positiv besetzte Begriff der Ungleichheit dem „weiblichen Lebenszusammenhang“ einen neuen Glanz verleiht. Das Anliegen der Frauenbewegung, Geschlechterverhältnisse zu verändern, gerät – indem die Unterschiede zwischen den Geschlechtern immer wieder betont werden – aus dem Blick. Die binäre Ordnung zwischen „dem Männlichen“ und „dem Weiblichen“ bleibt unangetastet.

Die besonders im Bereich der häuslichen Pflege ausgeprägte Arbeitsteilung mit der vorrangig zugewiesenen Arbeit an Frauen ist Auswirkung der

und zugleich Voraussetzung für die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung, der ein Arbeitsverständnis zugrundeliegt, das von einem „Normalarbeitsverhältnis“ ausgeht, in dem Männer einer Erwerbsarbeit nachgehen, während der Arbeitsbereich der Frauen in der Familie und im sozialen oder kulturellen Ehrenamt verortet ist, allenfalls ergänzt durch einen weiblichen „Zuverdienst“. Ein solches Verständnis – selbst wenn das Modell in der Realität zu keiner Zeit wirklich funktioniert hat – begünstigt den (vorübergehenden) Ausstieg von Frauen aus der bezahlten Arbeit. Kein Wunder, dass vorgeschlagene Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Pflege den bekannten Ansätzen zur Vereinbarkeit von Beruf und Kinderbetreuung gleichen (Becker/Janousek 2007), obgleich die Voraussetzungen oft andere sind: Weder Beginn noch Dauer der Pflegebedürftigkeit sind in der Regel absehbar. Sie kann sich über viele Jahre oder auch nur über einen kurzen Zeitraum erstrecken. Je länger Frauen die Unterbrechungszeiten ausdehnen, desto weniger Chancen haben sie, in eine existenzsichernde befriedigende Berufsausbildung zurückzukehren (vgl. Notz 1992). Der Deutsche Frauenrat weiß, warum er einen gesetzlich geregelten Anspruch auf längere Freistellung rundweg ablehnt.

Auch der Verweis von Frauen auf (oft nichtexistenzsichernde) Teilzeitarbeit und andere prekäre Arbeitsverhältnisse, vornehmlich im Niedriglohnbereich, ist kritisch zu sehen, denn er wirkt sich letztlich auch auf Frauen aus, die keinen „Behinderungen“ durch Pflegeverpflichtungen ausgesetzt sind, weil Frauen generell mögliche zusätzliche Belastungen im Bereich der Familienarbeit unterstellt werden. Die geplanten Veränderungen im Leistungsrecht der Pflegeversicherung werden eine „Ambulantisierung“ der Pflege begünstigen, weil die stationären Leistungsbeiträge zugunsten der ambulanten abgesenkt werden sollen. Das bedeutet auch eine Verteuerung der stationären Angebote und damit eine weitere Entprofessionalisierung bestimmter Leistungen (Schmitz 2007, 7) und Rückverlagerung in den Bereich der häuslichen Pflege.

Ist die Familie „der Pflegedienst der Nation“ ?

72 Prozent der über 80-jährigen leben alleine. 85 Prozent dieser Singles sind Frauen, meist Witwen (Mikrozensus 2005). Werden sie pflegebedürftig, brauchen sie Unterstützung aus dem Kreis der Familie, von Freunden und Nachbarn oder/und sie müssen professionelle Hilfe in Anspruch nehmen. Von rund zwei Millionen pflegebedürftigen Menschen werden über zwei Drittel (60 Prozent) zu Hause „ganz überwiegend von einem Familienmitglied“ betreut und gepflegt (Statistisches Bundesamt 2005). „Die Familie ist der Pflegedienst der Nation“, schreibt der Deutsche Frauenrat im Mai 2006 in seinen „informationen für die frau“ (S. 6). 23 Prozent der „Hauptpflegepersonen“ sind gleichzeitig berufstätig, knapp die Hälfte in einer Vollzeittätigkeit, zwei Drittel sind im erwerbsfähigen

Alter und vorwiegend handele es sich „nach wie vor“ vor allem um Frauen (Schneekloth/Wahl 2005). Pflegende Ehemänner, Söhne oder gar Schwiegersöhne sind immer noch selten. Die Familienpflege entspricht dem Wunsch vieler Menschen, die so lange wie möglich in ihren eigenen vier Wänden und im familiären Umfeld bleiben wollen, zumal Alternativen zur häuslichen Pflege quantitativ wie qualitativ unzureichend sind. Immer wieder wird berichtet, dass alle zu Pflegenden sich mit Händen und Füßen wehren, wenn sie in die professionelle Pflege überstellt werden sollen. Daraus wird geschlossen, dass Zuwendung und Herzenswärme nur zuhause verabreicht werden kann. Das ist freilich ein Irrtum. Schließlich haben auch viele AltenpflegerInnen ihren Beruf erlernt, weil sie alten Menschen Zuwendung und Herzenswärme zuteil werden lassen wollen. Wenn die Zeit dazu, trotz – oder gerade wegen – ausgefeilter Qualitätskriterien, fehlt, ist etwas faul an den Standards.

Pflegearbeit ist eine komplexe Arbeit mit großen Belastungen. Die häusliche Pflegearbeit ist – ebenso wie andere Formen nicht marktvermittelter Versorgungsarbeiten – nicht schon deshalb fürsorglicher und humaner, weil sie unbezahlt geleistet wird. Die pflegenden Frauen und ihre Familien sind oft im Falle der Hauspflege aus vielfältigen Gründen hoffnungslos überlastet (Mangel an finanziellen Ressourcen, Wohnraumenge, fehlende Qualifikationen, psychische und physische Arbeitsüberlastung). Die Unterstützung durch professionelle Pflegekräfte ist oft unzureichend oder fehlt ganz. Die Aussichtslosigkeit der Lage der Pflegebedürftigen, die durch die Pflege nicht mehr wesentlich verändert werden kann, Verhaltensänderungen und geistige Verwirrungen, die die Kommunikation erschweren, der Mangel an Dank oder das ewige Nörgeln der Pflegebedürftigen wirken ebenso schwerwiegend wie die Abhängigkeit der Gepflegten von der Pflegenden. Hinzu kommt, dass das helfende Familienmitglied und der hilfsbedürftige ältere Mensch ein für beide Teile problematisches Umkehrverhältnis der Abhängigkeitsbeziehungen erlebt, was Veränderungen in ihren emotionalen Beziehungen auslöst (Notz 1992 b). Nicht selten führt das zu Vernachlässigungen oder zu Gewaltanwendungen gegenüber abhängigen Pflegebedürftigen. Es gibt gute Gründe, wenn es bei Familienmitgliedern die Tendenz gibt, die guten und engen Beziehungen dadurch zu erhalten, dass man sie nicht überfordert.

Die Professionalität der Pflege wird nicht hinreichend anerkannt

Auch 80 Prozent der professionellen Altenpflege wird durch Frauen geleistet. Bis vor 30 Jahren waren es ausschließlich Frauen (taz 2006, 4). Pflegeberufe sind qualifizierte Berufe, die eine entsprechende Ausbildung erfordern. Es wird deshalb notwendig, sich dafür einzusetzen, dass die Bedingungen für diese Berufe verbessert werden. Bei dem aktuellen Mangel an Pflegekräften erscheint es grotesk, dass die finanziellen Mittel

für die Altenpflegeausbildung z. B. in Nordrhein-Westfalen aktuell gekürzt werden.¹ Statt, wie beabsichtigt, 1.000 Ausbildungsplätze mehr zu schaffen, wurden in den letzten beiden Jahren 1.466 Ausbildungsplätze weniger registriert (ver.di 2007).

Das Problem in unserer alternden Gesellschaft scheint zu sein, dass die Professionalität der Pflege nicht hinreichend anerkannt und akzeptiert wird. Unter den Reproduktionsarbeiten scheinen sie diejenigen zu sein, die am meisten entwertet werden. Auch der „Vater der Pflegeversicherung“, der ehemalige Bundesarbeitsminister Norbert Blüm, hat wiederholt darauf hingewiesen, dass jeder pflegen könne, man brauche nur eine rechte Hand, ein bisschen Geschick und ein warmes Herz. Viele Pflegearbeiten – nicht nur durch demenzielle Erkrankungen bedingte – können nur durch professionelle Kräfte und nicht durch „Amateure“ geleistet werden. Wie in anderen Frauenarbeitsbereichen auch, nehmen die „Normalarbeitsverhältnisse“ im professionellen Pflegebereich deutlich ab, während die befristeten Teilzeitverträge und Minijobs (bis 400 €) zunehmen. Ein weiteres Problem sind finanzielle Sachzwänge von Seiten der Pflegebedürftigen: Pflegedienste sind durch die Privatisierung von Reproduktionsaufgaben oft zu teuer und können von Menschen mit niedrigen Renten nicht bezahlt werden, zumal die Pflegestufen für die Pflegeversicherung knapp bemessen sind. Insbesondere bei vielen alten Frauen reicht das Einkommen im Alter nicht aus, um ihre Bedürfnisse zu decken, weil ihre Renten aufgrund niedriger Einkommen und kurzer Versicherungszeiten in Folge von Babypausen, Teilzeittätigkeiten und geringfügiger Beschäftigung zu gering sind. Dieser Trend wird sich verstärken, denn: „wer heute arbeitslos ist, muss 2030 damit rechnen, zu den verarmten Rentnern zu gehören“.² Alte Frauen sind schon heute überproportional auf finanzielle Unterstützung durch Angehörige und auf Sozialgeld angewiesen. Oft scheuen sie den Gang zum Sozialamt, weil sie wissen, dass sie die Einkommensverhältnisse ihrer Kinder offenlegen müssen.

Natürlich brauchen wir die private Betreuung auch, aber wir sollten sie *nicht glorifizieren*. Wer in der Tatsache, dass Töchter ihre Mütter pflegen, den Ausdruck zärtlicher Liebe zwischen den beiden sieht, verkennt die Realität. Wir sollten auch nicht so tun, als ob Töchter sich aus der Verantwortung stehlen wollen, wenn sie professionelle Pflege für ihre Eltern und Schwiegereltern beanspruchen. Genau wie in der Kindererziehung ist auch im Fall der Pflege zu fragen, wie eine Balance zwischen durch Familienmitglieder erbrachte und durch Professionelle erbrachte Pflege hergestellt werden kann. Wenn es um eine Propagierung des Ausbaus der privaten Betreuung geht, muss, um ständige physische und psychische Überforderung zu vermeiden, auch die ambulante und (teil)stationäre Pflege ausgebaut werden. Und zwar mit gutausgestatteten und bezahlten Fachkräften, nicht mit geringqualifizierten Hilfskräften, nicht mit 1-€-Arbeitsgelegenheiten und nicht mit Mini-Jobs und schon gar nicht mit weiterer Gratisarbeit (sprich „Ehrenamt“).

Die vieldiskutierten Qualitätskriterien im Bereich von sozialer, Gesundheits- und Pflegearbeit gelten für einen großen Teil der Pflege nicht – nämlich für die häusliche Pflege in den Familien. Pflegebedürftige Menschen haben ein Recht auf kompetente, professionelle Pflege, und Frauen haben ein Recht darauf, Geld für ihre Arbeit zu bekommen. Pflegebedürftige brauchen neben der Versorgung viel Zuwendung und Liebe. Die muss nicht durch die Tochter erbracht werden, die dies unbezahlt tut. Aus Interviews, die ich vor längerer Zeit mit alten pflegebedürftigen Frauen geführt habe (Notz 1989), geht hervor, dass Hilfeleistungen nicht ausschließlich von unbezahlt Arbeitenden erwartet werden. Auch die Hilfe von Menschen, die für ihre Arbeit bezahlt werden – neben AltenpflegerInnen waren das SozialarbeiterInnen in der Altentagesstätte, Zivildienstleistende bei den ambulanten Diensten und StudentInnen – wurde als solidarische Hilfe wahrgenommen. Die alten Frauen erwarteten allerdings auch von denjenigen, die für ihre Dienst bezahlt werden, dass sie während der Arbeit Zeit für ein persönliches Gespräch haben. Es muss auch nicht sein, dass *eine* Pflegeperson dauernd zur Verfügung steht, solange Verlässlichkeit und Kontinuität gewährleistet sind. Obwohl einige ältere Frauen der Meinung waren, dass sie vertrauenserweckenden Umgang nur bei Frauen finden, konnten sich die meisten dennoch vorstellen, dass viele Arbeiten auch von einem „einfühl samen“ Mann geleistet werden könnten. Dass Männer ebenso pflegen und betreuen können, ist durch einige in der Alten- und Krankenpflege arbeitenden Männer (aber vor allem durch Zivildienstleistende) lange bewiesen. Die Tageszeitung (taz, 2006, 4) stellt sogar fest, dass „man in der Branche“ sage, Pfleger seien „in der Regel besser strukturiert, neigen weniger zum Helfersyndrom und lassen sich nicht so einfach zu Diensten überreden, die nicht zu ihren Aufgaben gehören“, wie Frauen das tun.

Die Pflegenden und Sorgenden sind Frauen – neue Unterschichtungen

Die Pflegenden und Sorgenden, die die private Pflegearbeiten für alte, kranke und behinderte Menschen leisten, sind weit überwiegend (mindestens zu 80 Prozent) Frauen. Das wird in der aktuellen Diskussion kaum beachtet. Für viele ist die Bereitschaft, die Pflege zu übernehmen, mit großen Einschränkungen im Beruf und auch im Zusammenleben mit anderen sowie in der persönlichen Lebensgestaltung verbunden und nicht wenige werden aufgrund der hohen psychischen und physischen Belastung schließlich selbst krank und pflegebedürftig. Nicht selten wechselt das Verhältnis zwischen Pflegenden und Betreuenden, je nach Gesundheitszustand. Denn die meisten Frauen sind selbst schon im fortgeschrittenen Lebensalter (sog. „graue Töchter“). Sie benötigen dringend Unterstützung. Selbst werden sie bei Pflegebedürftigkeit viel seltener zu Hause gepflegt als Männer. Die Ideologisierung der Hausversorgung stempelt die Tochter oder Schwiegertochter, die sich dieser Aufgabe, aus welchen Gründen auch

immer entzieht, zur „undankbaren Tochter“. Wer von „undankbaren Töchtern“ spricht, sollte sich fragen, warum es „undankbare Söhne“ im deutschen Sprachgebrauch – jedenfalls soweit es um pflegeverweigernde Söhne geht – nicht gibt. Wir kennen kaum einen Mann, der seine Berufstätigkeit aufgibt, um seine Mutter, Großmutter oder Schwiegermutter zu pflegen. Weniger Diskriminierungen haben Frauen nur dann zu erleiden, wenn das Geld der Familie ausreicht, um teure Heime oder Dienstbotinnen zu bezahlen.

Auf das Problem der Dienstbotinnen, das durch die neuen Mini-Job-Regelungen gefördert wird, und zu neuen Unterschichtungen, auch unter Frauen führt, habe ich an anderer Stelle hingewiesen (Notz 2004 b). Es geht dabei (für besserverdienende Familien) nicht mehr um die ideologische Aufwertung, sondern um die Bezahlung der privatwirtschaftlich organisierten Reproduktionsarbeit unter Beibehaltung der Kleinfamilienstruktur, auf Kosten derjenigen, die „*wieder dienen lernen müssen*“ (Meyer-Ahuja 2003). Für die „Dienenden“ bedeutet das nicht nur ein geringes Einkommen, sondern auch Altersarmut. Private Haushalte werden seit einiger Zeit als Wachstumssegment des Arbeitsmarktes gesehen. Pflegekräfte im Privathaushalt sind fast immer Frauen. Die meisten kommen aus Osteuropa, Südamerika oder aus anderen armen Regionen der Welt. Viele sind Akademikerinnen oder sonst gut ausgebildet. Sie müssen sich auf dem deregulierten Arbeitsmarkt verdingen. Das hat Auswirkungen auf ausgebildete Fachkräfte, die der billigen Konkurrenz ausgesetzt sind. Neue Unterschichtungen (auch zwischen Frauen) sind die Folge.

Neuorganisation der Arbeit im Betrieb und in der Familie

Die zentrale Frage in der Diskussion um „pflegende Angehörige“ kann nicht nur sein, wie man Frauen, die schließlich eine gesamtgesellschaftliche Arbeit leisten, entlasten kann, oder wie man immer längere Aus-Zeiten finanzieren und ausdehnen kann, ähnlich der Elternzeitregelungen, sondern: Welche Alternativen stehen zur Verfügung, damit weder Frauen noch Männer Nachteile in ihrem Beruf hinnehmen müssen und die pflegebedürftigen Menschen ihrer Würde entsprechend behandelt werden. Die Frage ist auch, ob die meisten Menschen wirklich auch dann zu Hause gepflegt werden wollten, wenn ihnen Alternativen, vor denen sie keine Angst haben müssen, zur Verfügung stünden. Die Zahl der älteren Menschen, die sich – unabhängig von ihren Kindern – für unkonventionelle Wohnformen wie Seniorenwohngemeinschaften oder generationsübergreifende Wohnprojekte interessieren oder entscheiden, wächst ständig. Fragt man Frauen im „mittleren Lebensalter“, so sagen die meisten, sie wollen ihren Kindern „nicht zur Last fallen“, sie wollen keine persönliche Hilfeleistungen bis hin zur Pflege in Anspruch nehmen, damit die Kinder ihr eigenes Leben leben können und nicht „in die Pflicht“ genommen werden.

Dass viele es später dennoch tun, beweist die Alternativlosigkeit, aber auch die Tatsache, dass sie die häusliche Pflege durch die Tochter eben nicht frei gewählt haben.

„Altenpflege braucht Profis, keine Amateure“³, war neulich zu lesen. Die ver.di-Gesundheitsexpertin Sylvia Bühler wies im Januar 2007 darauf hin, dass alleine in Nordrhein-Westfalen in den nächsten vier Jahren 29.000 neue und sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze in der Altenpflege entstehen könnten, wenn die professionellen Pflegedienste ausgebaut werden würden (ver.di 2007). Davon, dass professionelle Hilfe künftig die Versorgung durch Angehörige weiter ablösen wird, waren sich auch die TeilnehmerInnen eines Fachkongresses des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes (DPWV) einig (Franke 2006, 7). Ziel muss eine qualitativ verbesserte und weiter professionalisierte Form der Pflege sein. Angehörige leiden häufig mehr darunter, einen pflegebedürftigen Menschen im Pflegeheim unterzubringen, als die „Untergebrachten“ selbst. Das Gefühl, sie nach einer langen häuslichen Pflegephase „abzugeben“, schafft Schuldgefühle, auch anderen Familien und Nachbarn gegenüber.

Altenpflegeeinrichtungen dürfen nicht als „Lückenbüsserfunktionen“ betrachtet werden, sondern es braucht neue Konzepte, wie sie nach den Vorstellungen und Wünschen der Betroffenen gestaltet werden können. Menschen haben das Recht, ihr Leben selbstbewusst zu gestalten und Frauen wie Männer können auch „Nein“ sagen, wenn sie ihre Mutter oder Schwiegermutter im eigenen Haus aufnehmen sollen. Möglicherweise gehört das Nein-sagen zum verantwortlichen Handeln. Wir brauchen ein Bildungssystem, das schon Kindern vermittelt, dass der „Sinn des Lebens“ für Frauen nicht nur, für Männer aber auch in der Fürsorge für andere Menschen, auch außerhalb von verwandtschaftlichen Beziehung, innerhalb und außerhalb der „ehrenamtlichen“ Arbeit und auch in der bezahlt geleisteten Arbeit gesehen wird.

Notwendig wäre ein gut ausgebautes Pflegesystem, das die Professionalität mit der familiären Pflege verknüpft und vernetzt und gleichzeitig sicherstellt, dass auch in der häuslichen Pflege qualitativ wertvolle Pflege (mit Hilfe Professioneller) geleistet wird. Vielfältige Erfahrungen aus der Forschung zur ehrenamtlichen Arbeit im Sozialen und im Gesundheitsbereich zeigen, dass es nicht wünschenswert ist, dass alle jetzt unbezahlt geleisteten Arbeiten professionalisiert werden und damit den Kriterien der Lohnarbeit unterstellt werden (Notz 1999). Aber sie zeigen auch, dass diese Arbeiten erst dann wirklich freiwillig und aus Liebe verrichtet werden können, wenn die eigenständige Existenzsicherung der helfenden gewährleistet und die professionelle Versorgung der Hilfsbedürftigen sichergestellt ist. Positive Beispiele finden wir in altersgemischten – meist privat organisierten – Wohnanlagen.

Auf einen Aspekt, der auch von alten Menschen zugute käme, verweist Franz Schandl mit dem Vorschlag, dass man für die Versorgung der Men-

schen durch kostenlose Nutzung vorhandener Infrastruktur besser lösen könne, indem man möglichst alle öffentlichen Einrichtungen, möglicherweise sogar Grundnahrungsmittel frei zur Verfügung stellt. Wenn genug da sei für alle, müsse es nicht ausschließlich über Geld verhandelt werden (Schandl 2005, 139 f.). Die aktuelle Reprivatisierung von Dienstleistungen, gerade im Bereich der Altenpflege, aber auch die Einführung von Studiengebühren etc. sprechen eine andere Sprache.

Schließlich geht es darum, die herkömmliche Trennung von ökonomisch und außerökonomisch determinierten Bedingungen sowie deren geschlechterspezifische Zuordnung grundsätzlich in Frage zu stellen. Die Idee ist nicht neu. Bereits die Frauenbewegungen der 1970er Jahre forderten, dass Kindererziehung nicht länger Privataufgabe der Mütter sein soll, sondern als gesellschaftliche Frage betrachtet werden muss. Das Gleiche gilt auch für die Pflege und Versorgung der alten Menschen. „Das Private ist politisch“ wurde zum Slogan der Bewegungen (Notz 2006, 21 f.). In Erweiterung des traditionell männlichen Politikbegriffs sollte damit die politische Dimension scheinbar privater Beziehungsstrukturen hervorgehoben werden. Es ging um eine zentrale Kritik an der patriarchalen Abhängigkeit und Unterdrückung und an der geschlechtshierarchischen Arbeits- und Aufgabenteilung und damit um eine grundlegende Veränderung des Politikverständnisses. Diese Kritik beinhaltete die Artikulation des Zusammenhangs zwischen öffentlichen und privaten Bereichen und eine Verschiebung und Neudeinition der Grenzen zwischen beiden Bereichen (Knäpper 1984, 18).

Es ist also danach zu fragen, welcher institutionellen Änderungen es in Beruf, Gemeinwesen *und Familie* bedarf, damit Frauen und Männer die dort anfallenden Arbeiten – und dazu gehören selbstverständlich auch die Pflegearbeiten – ebenbürtig erledigen können und damit Geschlechterdifferenzen und schichtspezifische Ungleichheiten abgebaut werden. Für die Pflegearbeiten hieße das, dass weite Teile (re)professionalisiert und qualitativ verbessert werden müssten.

Anmerkungen

- 1 In NRW ist für das Jahr 2007 die Mittelzuweisung für die Altenpflegeausbildung um 1,3 Millionen Euro gekürzt worden. Die Zuschüsse des Landes an die Fachseminare für Altenpflege wurden von 317 € auf 280 € pro SchülerIn reduziert (ver.di 2007).
- 2 So der Hauptgeschäftsführer des DPVV anlässlich einer Tagung zum demografischen Wandel. Zit. nach Franke 2006, S. 7.
- 3 Überschrift einer Presseinformation von ver.di Landesbezirk NRW vom 18.Januar 2007.

Literatur

- Becker, Stefan / Janousek Lucie, 2007: Eltern pflegen. So können Arbeitgeber Beschäftigte mit zu pflegenden Angehörigen unterstützen – Vorteile einer familienbewussten Personalpolitik. Prognos, Frankfurt a.M.

- Deutscher Frauenrat, 2006: informationen für die frau, H. 5
- Die Tageszeitung (taz), 2006: So sieht unser Pflegealltag aus. taz vom 15.11.
- Franke, Martin, 2007: Positive Visionen statt Schreckensbilder. Nachrichten Parität Nr. 6/2006, S. 5 – 7
- Knäpper, Marie-Theres, 1984: Feminismus Autonomie Subjektivität. Tendenzen und Widersprüche in der neuen Frauenbewegung. Bochum
- Meyer-Ahuja, Nicole, 2003: Wieder dienen lernen? Berlin.
- Notz, Gisela, 1989: Frauen im sozialen Ehrenamt. Freiburg
- Notz, Gisela, 1992 a: Zurück in den Beruf. Köln
- Notz, Gisela, 1992 b: Von wegen Heim: Die unsichtbare Arbeit von Frauen bei der Betreuung und Pflege. In: Raehlmann, Irene u. a. (Hg.): Alles unter einen Hut? Arbeits- und Lebenszeit von Frauen in der „Dienstleistungsgesellschaft“. Hamburg, 133 – 148
- Notz, Gisela, 1999: Die neuen Freiwilligen. Das Ehrenamt – Eine Antwort auf die Krise? Neu-Ulm, 2. Aufl.
- Notz, Gisela, 2004 a: Verlorene Gewissheiten? Individualisierung, soziale Prozesse und Familie. Frankfurt/M.
- Notz, Gisela, 2004 b: Die ganze Bäckerei! Geschlechtsspezifische Auswirkungen der Hartz-Reformen. Forum Wissenschaft Heft 1, 47-51
- Notz, Gisela, 2006: Warum flog die Tomate? Die autonomen Frauenbewegungen der Siebzigerjahre. Neu-Ulm
- Schandl, Franz, 2005: Vom Einkommen zum Auskommen. Zur Plausibilität und Kritik des garantierten Grundeinkommens. In: Widerspruch Nr. 49, 133 – 140
- Schmitz, Elmar, 2007: Zukunft der Pflege. AWOmagazin 1, 4 – 7
- Schneekloth, Ulrich / Wahl, Hans Werner, 2005: Möglichkeiten und Grenzen selbstständiger Lebensführung in privaten Haushalten (MuG III). Abschlussbericht im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Berlin
- Schulz, Erika et. al., 2001: Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf die Zahl der Pflegefälle. DIW-Diskussionspapier Nr. 240
- Statistisches Bundesamt, 2005: Pflegestatistik 2003 – Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung. Deutschlandsergebnisse. Bonn
- Ver.di, 2007: Altenpflege braucht Profis, keine Amateure. Presseinformation Landesbezirk Nordrhein-Westfalen vom 18. Januar, Düsseldorf

KLARTEXT

Nummer 2 | 2004
DAS SCHWEIZER MEDIENMAGAZIN

NZZ-Chef Markus Spillmann: „Wir wollen die Besten sein!“

Schweizer Fernsehen träumt vom Service public light

Warnung: Private Sender können Ihr Einkommen gefährden

Boulevard massregelt Schwerer als gedacht

In der aktuellen Ausgabe:

Die Gratiszeitungsschwemme: morgens und abends, werktags und sonntags, auf der Strasse und zu Hause

Medien lassen Minderheiten kriminell aussehen: Begegnung mit Innocent Naki

Das Schweizer Medienmagazin KLARTEXT deckt die Hintergründe der Schweizer Medienwelt auf

Probenummern und Abonnemente:
www.klartext.ch
Tel. 052 633 08 33
Fax 052 633 08 34